

### **3. Teilnahme an Studie zur politischen Neutralität der Sekundarstufe II**

Dringliches Postulat Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen), Rochus Burtscher (SVP, Dietikon) und Paul von Euw (SVP, Bauma) vom 11. Juli 2022

KR-Nr. 240/2022, RRB-Nr. 1322/5.10.2022 (Stellungnahme)

*Ratspräsidentin Esther Guyer:* Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat, das dringliche Postulat nicht zu überweisen. Der Rat hat zu entscheiden. Gemäss Kantonsratsgesetz Paragraf 55 haben wir heute über die Überweisung oder Ablehnung zu entscheiden.

*Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen):* Am Freitag, als irgendwo im Kanton Zürich ein neues Bundes-Asyldurchgangs-Zentrum gebaut hätte werden sollen, zogen zirka 300 Kantonsschülerinnen und Kantonsschüler durch die Stadt zur Baustelle. «No Culture Change – Die Schweiz den Schweizern!», so die Parolen. Einige klebten sich mit Sekundenkleber an das Baugerüst. An Unterricht war an diesem Freitag nicht mehr zu denken. Der Rektor und der Schulkommissionspräsident schrieben je einen Leserbrief, in denen sie dieses Verhalten rechtfertigten. Eine Konsequenz für ihr Schwänzen erlebten die Schülerinnen und Schüler nie, auch nicht die Rechtsradikalen unter den Demonstrantinnen und Demonstranten, die den Sozialstaat abreissen wollen.

Dieses Beispiel ist frei erfunden. Sie sind sicher mit mir einig, dass eine solche Demo anstelle des Unterrichts nicht zugelassen werden dürfte, auch weil die skandalierte Haltung Elemente der Diskriminierung gegen Migrantinnen und Migranten beinhaltet. Wahr ist aber, dass dies für den Klimastreik so ähnlich stattfand; selbst die beiden erwähnten Leserbriefe wurden geschrieben. An verschiedenen Kantonsschulen wurde geschwänzt, obwohl an diesen Schulen auch Jugendliche zur Schule gehen, deren Lebensunterhalt direkt – wie fast bei uns allen übrigens, wenn man genau hinschaut – von CO<sub>2</sub>-ausstossendem Gewerbe abhängig ist. Wahr ist auch, dass am 14. Juni, dem Frauenstreiktag, immer wieder statt Unterricht Diskussionen über Frauenrechte stattfinden, über Rechte, die juristisch schon längst vorhanden sind. Es kann nicht sein, dass jene, die, statt in einer solchen Diskussion zu sein, lieber anständigen Mathe-Unterricht hätten, dass, wer an einem «Friday for future» lieber nach Stundenplan Schule hätte, sich als Minderzahl für ihr natürliches institutionelles und vom Steuerzahler und Steuerzahlerin finanziertes Recht auf Ausbildung, auf Unterricht dafür einsetzen müssen, und dass schwänzende Schülerinnen und Schüler, wenn es um das «richtige Anliegen» geht, ungeschoren davonkommen. Dabei hat doch dieser Kantonsrat Jokertage auch für Kantonsschülerinnen und Kantonsschüler eingeführt, die man für den Klimastreik verwenden könnte.

Ich bin nicht gegen politische Lehrpersonen oder Diskussionsanregungen in Lehrmitteln. Ich glaube, dass Jugendliche sehr wohl abstrahieren können, dass gesellschaftliche Fragen in der Schule diskutiert werden müssen. Aber es gibt Grenzen, zum Beispiel eben, wenn die Institution «Schule» als Ganzes durch toleranteres

Verhalten fürs Schwänzen – je nach Streikgründen – Stellung bezieht, statt unentschuldigte Absenzen festzuhalten. Oder wenn Minderheitsmeinungen in einer Mehrheitskultur nicht gestärkt werden, wenn die «richtige Meinung» auch ungeschriebener, aber wichtiger Kulturbestandteil ist, um zur Gemeinschaft zu gehören, wenn im Unterricht gesellschaftskritische Themen Vorzug haben.

Nun, jede und jeder, die an eine Kantonsschule geht oder ging, und das schon seit einem halben Jahrhundert, also seit den 60er-Jahren, weiss, dass viele Lehrpersonen, nicht alle, eher «links» ticken, und hat ein paar diesbezügliche Erlebnisse. Das kann man nicht ändern – es gilt die freie Meinung. Was nun aber Aargauer Kantonsschüler in einer Maturitätsarbeit feststellten, ist, dass diese Mehrheitskultur andere Meinungen erstickt, weil sich bürgerlich denkende Jugendliche in konstant ungeschützter Minderheitsposition befinden, weil eben die politische Haltung in der Schulgemeinschaft ein Ein- oder Ausschlusskriterium sein kann. Als Lehrperson dürfen sie niemals nur zur Kenntnis nehmen, dass bürgerliche Schülerinnen und Schüler nicht im Trend sind, sie müssen die Meinungsvielfalt fördern, unabhängig von ihrer eigenen Meinung, indem allen Meinungen der Rücken gestärkt wird.

Dieses Postulat will eine Untersuchung der Thematik, egal wie die Untersuchung dann herauskommt. Ja, vielleicht wird es sich als Sturm im Wasserglas erweisen, wir werden es sehen. Aber schon das Postulat und die Untersuchung alleine werden bewirken, dass die Schulen hinschauen müssen, sich mit dieser Thematik befassen müssen und nur schon dadurch achtsamer werden. Diese Achtsamkeit ist ein Gewinn für uns alle. Da kann man doch nicht dagegen sein.

*Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon):* «Same procedure as every year», dieser Filmtitel kam mir in den Sinn, als ich dieses als dringlich deklarierte Postulat las. Oder besser: «Same procedure as every four years», denn eigentlich ist dieser Vorstoss ein Ladenhüter, den SVP und FDP schon vor vier Jahren einbrachten, damals einfach auf Stufe der Volksschule. Und heute, vier Jahre später, wird das Thema von der SVP wieder aufgewärmt, weil es so gut ankam und vor den Wahlen ein tolles Medienecho auslöste. Damit das alte Gericht nicht so aufgewärmt riecht, wird es diesmal mit den Mittel- und Berufsfachschulen gewürzt.

Das Rezept: Man nehme eine Matura-Arbeit aus dem Kanton Aargau und – ich zitiere – «zahlreiche Indizien unter anderem mündliche Berichte, Schülerinnen- und Schülerstreiks». Man füge eine Prise emotionale Bewegung bei – Zitat: «Nicht alle Schülerinnen und Schüler fühlen sich wohl, ihre Meinung zu äussern». Man schlage die Masse kräftig, bis die Masse so richtig populistisch schaumig ist. Schliesslich füge man noch die Stimmen einiger FDP-Kantonsratsmitglieder hinzu. Und fertig ist das dringliche Postulat.

Mit Verlaub: Unsere Mittel- und Berufsfachschulen haben mit den aktuellen Themen wie den Veränderungen der Gesellschaft und der Berufswelt, mit Reformen, mit der Digitalisierung und so weiter wirklich genügend Herausforderungen zu bewältigen, als dass wir sie noch mit unseren Wahlkampf-Vorstössen belasten sollten. Unsre Mittel- und Berufsfachschul-Lehrpersonen machen einen Super-Job, Tag für Tag, Jahr für Jahr. Sie tun das mit viel Erfahrung, Engagement und

mit anerkannten Lehrplänen und Lehrmitteln. Und sie tragen dazu bei, dass unsere Jugendlichen sich eigenständige Meinungen bilden und die Herausforderungen der Zukunft meistern können. Verschonen wir unsere Mittel- und Berufsfachschul-Lehrpersonen vor solch ungeniessbaren Gerichten und lassen sie in Ruhe und mit Professionalität ihre Arbeit tun. Die EVP lehnt das Postulat ab.

*Rafael Mörgeli (SP, Stäfa):* Stellen wir uns vor, wir würden alle Berufsgruppen, bei denen Vorurteile zu ihrer Gesinnung herumgeistern, danach untersuchen. Wie sieht es bei der Polizei aus? Was ist deren politische Meinung? Wie stimmt eigentlich die Teppich-Etage der Banken ab? Vielleicht gibt es auch eine halbwissenschaftliche Matur-Arbeit zu den Mitgliedern des Generalstabes unseres Militärs? Sie würden mir zurufen: Kollege Mörgeli, das ist ja absurd! Und, recht hätten Sie. Denn eine Gesinnungspolizei hat in unserem Land, in unserem Kanton einfach nichts zu suchen. Das möchte ich generell mal klarstellen.

Aber gehen wir nun auf die geforderte Gesinnungsabklärung der Lehrpersonen der Sekundarstufe II ein. Denn offenbar gibt es in diesem Saal eine Stahlhelmfraktion, die befürchtet, unsere Jugend würde von linken Lehrpersonen indoktriniert. Ich kann Sie beruhigen, liebe Kalte-Kriegerinnen und -krieger, dem ist nicht so. Denn nur, weil eine Mathematiklehrerin FDP wählt, geben zwei und zwei immer noch vier. Die politische Ausrichtung der Lehrperson hat keinen Einfluss auf die Fakten und Thesen, die im Unterricht behandelt werden. So ist das auch im Deutschunterricht, im Geschichtsunterricht und im Allgemeinbildungsunterricht.

Sie möchten sich tief in das Privatleben der Lehrpersonen einmischen, Sie möchten Dinge von ihnen wissen, die Sie nichts angehen. Sie möchten diese Dinge dann notieren und professionell ausgewertet haben. Wissen Sie, wie man das in den 1980er Jahren genannt hat? Fichen-Skandal. Sie können mir doch nicht sagen, Sie wollen einfach mal wissen, wie das so aussieht politisch in der Sekundarstufe II, einfach aus Interesse, einfach mal zur Komplettierung der Daten. Sie können mir doch nicht sagen, dass es keine Konsequenzen hätte, wenn bei der Studie herauskommen würde, dass der Lehrkörper auf dieser Stufe Ähnliches auf ihren vom Stimmgeheimnis geschützten Wahlzettel schreibt. Oh nein! Ohne dass die Kolleginnen und Kollegen der rechten Ratshälfte je eine Minute des Unterrichtes angeschaut hätten, würden Konsequenzen verlangt werden. Diese gefährliche Richtung möchte ich nicht einschlagen. Ich kann Ihnen sagen, die Lehrpersonen der Sekundarstufe II werden in ihrem Unterricht besucht, und zwar nicht von Michael Hermann (*Schweizer Meinungsforscher, Leiter der Forschungsstelle sotomo*), sondern von demokratisch legitimierten Volksvertreterinnen und Volksvertretern. Diese beurteilen, ob der Unterricht neutral gestaltet ist. Dabei ist es komplett irrelevant, was die Lehrperson persönlich für eine politische Gesinnung hat. So muss es sein. Und so ist es heute auch.

Beenden Sie diesen Fiebertraum des Kalten Krieges und der Fichen-Affäre. Zeigen Sie, dass Sie den Lehrpersonen zutrauen, ihre wichtige Aufgabe in der Ausbildung der Zürcher Schülerinnen und Schüler von ihrer persönlichen politischen Einstellung zu trennen. Genauso, wie sie es der Polizistin oder dem Generalstabs-

offizier zutrauen. Die Gesinnungspolizei gehört auf den Misthaufen der Geschichte, ebenso wie dieses Postulat, das genau diese Gesinnungspolizei aus dem Misthaufen wieder herausziehen möchte. Ich lade Sie ein, ein klares Zeichen gegen solch überholte Ideen zu setzen und das Postulat zusammen mit der SP-Fraktion abzulehnen. Ich danke Ihnen.

*Alexander Jäger (FDP, Zürich):* Ich verstehe die Aufregung nicht von linker Seite. Das Postulat möchte mit einer repräsentativen Umfrage unter Schülerinnen und Schüler an den Mittel- und Berufsschulen die politische Neutralität prüfen. Die politische Neutralität an Schulen ist eine der wichtigsten Voraussetzungen der Volksschule. Ist die politische Neutralität der Schulen angekratzt oder wird sie auch nur von verschiedenen Kreisen angezweifelt, sollte man dagegen vorgehen. Die Bildungsdirektorin (*Regierungsrätin Silvia Steiner*) ist nun der Meinung, dass eine Umfrage erst geprüft werden soll, wenn diese des Kantons Aargau abgeschlossen sei. Da sind wir anderer Meinung. Diese Resultate müssen nicht konsultiert werden. Das kann man so machen, aber man kann auch progressiv vorgehen und das Heft in die Hand nehmen und selber eine Umfrage durchführen. Das Resultat der Umfrage zeigt dann, dass entweder kein Handlungsbedarf besteht oder dass etwas gemacht werden muss. Daher bevorzugen wir, die Umfrage sofort zu machen. Die Ablehnung können wir nicht begreifen, auch von der linken Ratsseite nicht, aber vielleicht will man es gar nicht so genau wissen. Eine Umfrage zu machen, die dann auch alle Zweifel der politischen Einflussnahme durch die Lehrpersonen ausräumt, ist vermutlich nicht notwendig. Man denkt, es sei sowieso schon so. Wir sollten den Mut aufbringen, eine solche Umfrage zu machen. Wir unterstützen daher das Postulat.

*Christa Stünzi (GLP, Horgen):* Hanspeter Hugentobler hat es sehr schön gesagt; dem Votum ist nichts anzufügen, ausser, dass ich mich dem vollumfänglich anschliesse. Ich möchte einfach einen Punkt hier zu bedenken geben: Die gesetzlichen Grundlagen, die von den Schulen einzuhalten sind, sind jeweils durch eine Aufsichtsbehörde zu überprüfen. Bei der Volksschule ist das die Schulpflege, bei den Mittelschulen und Berufsschulen ist das die entsprechende Schulkommission. Wenn Sie also Bedenken haben, wenden Sie sich an die Aufsichtsbehörde, denn diese hat die Kompetenz tatsächlich zu überprüfen, ob eine gesetzliche Grundlage eingehalten wird oder nicht und entsprechende Massnahmen vorzunehmen. Alles andere ist schlicht und einfach Polemik.

*Hans-Peter Amrein (parteilos, Küsnacht):* Ein lieber Kollege von mir hat mich jetzt gefragt: Stimmst du jetzt auch noch mit den Linken? Wie hast du dann vorher abgestimmt? Ich stimme so ab, wie ich es für richtig halte. Ich muss Ihnen sagen, ich habe jetzt keine Rednerin und keinen Redner gehört vorher, mit der oder dem ich mich einig erklären kann. Warum? Ganz einfach: Ich glaube, es gibt Wenige hier drin, die nicht sagen, dass die Mehrheit der Lehrerschaft wahrscheinlich nicht rechtsbürgerlich ist – sagen wir es jetzt mal so. Dem ist wohl so. Dieser Vorstoss hier, naja, er wurde im Kanton Aargau breitgeschlagen in der Presse, weil nämlich

das herausgekommen ist, was Fakt ist. Dann haben ein paar von der FDP und von der SVP gedacht, jetzt machen wir einen Vorstoss. Das kommt dann auch in die Presse und ist gut für den Wahlkampf. Das unterstelle ich Ihnen.

Und, Rafael Mörgeli, richtig, wir haben die Schulvisitationen. Aber ich denke nicht, dass ein Lehrer gerade dann, wenn die Visitation stattfindet, den Spartacus (*Anführer eines Sklavenaufstandes im römischen Reich*) liest und erzählt, dass das der einzig Richtige sei oder dass der liebe Gott nur irgendwo in den Träumereien von irgendwelchen Religiösen vorhanden ist oder dass es den gar nicht gibt. Nein. Ich habe das als Kind und als Mittelschüler erlebt. Ich sehe dieses Problemchen hier oder diesen Vorstoss ein wenig anderes. Würde ein Lehrer im Kanton Zürich eine solche Maturitätsarbeit ablehnen, dann könnt Ihr den Vorstoss machen, lieber Matthias Hauser, lieber Herr Jäger, wenn ein Lehrer eine solche Maturitätsarbeit ablehnen würde. Hat er nicht! Hat er nicht. Ich bin gegen Denkverbote und bin der Meinung, dass man in den Maturitätsarbeiten, wenn es Sinn macht, wenn es Sinn zu machen scheint, dass man darin alles fragen und untersuchen kann, was zu einem interessanten Resultat führt. Da dies nicht abgelehnt wurde und es Ihr Wahlkampf ist, werde ich dies nicht unterstützen und harre der Dinge, die da kommen in der Zürcher Bildungspolitik.

*Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen) spricht zum zweiten Mal:* «Gesinnungspolizei», das kann ich so nicht im Raum stehen lassen. Da erwarte ich eigentlich eine Entschuldigung von Herrn Mörgeli, weil, es hat nichts und wirklich nichts mit einer Gesinnungspolizei zu tun. Es steht nicht, dass man die Lehrer befragt, dass man die Lehrpersonen überwachen würde. Es steht nicht, wie das umgesetzt würde. Herr Mörgeli, Sie haben die Armee, die Polizei und die Teppich-Etage der Banken angeführt. In den 80er-Jahren, auch anfangs 90er-Jahre, sicher in den 70er und 60er, standen diese Gremien, die Armeeführung, die Polizei und die Teppich-Etage der Banken im Ruf, sehr bürgerlich, konservativ zu sein. Und Ihre Genossinnen und Genossen haben sich dagegen gewehrt. Sie haben den Dienst verweigert, sie haben Steine gegen die Polizei geworfen und Farbbeutel gegen die Banken. Aber die Schülerinnen und Schüler, die sind ihrer Institution ausgeliefert; die können und sollen sich so nicht wehren. Und weil man bemerkt hat, dass das auch die Rekrutinnen und Rekruten sind, dass Bürgerinnen und Bürger bei der Polizei sind, ist man achtsam heute in diesen Institutionen. Man schaut sehr gut, dass das politisch neutrale Institutionen sind. Es gibt Propaganda-Verbote zum Beispiel in der Rekrutenschule. Das ist so, dann bleibt es politisch neutral. Dafür wird gesorgt, genau deswegen. Diese Institutionen haben diesen Fortschritt gemacht. Nun liegt eine Matura-Arbeit vor – zwar laienhaft gemacht muss man sagen, es sind nicht renommierte Forschende die das festgestellt haben –, die zeigt, dass hier offenbar Verletzungen stattfinden, dass sich einige Jugendliche ihre Meinung nicht frei zu äussern trauen. Ob das berechtigt ist oder nicht, das muss, denke ich, eine professionelle Arbeit, eine Forschungsarbeit, eine richtige Umfrage sein; das muss fachlich korrekt festgestellt werden. Also, der Punkt ist der: Wir haben Anhaltspunkte, dass es zu Verletzungen kommt. Wir möchten das gerne untersucht haben, und zwar professionell, Hans-Peter Amrein, und damit die Achtsamkeit

vergrössern in der Institution gegenüber denen, die ihr ausgeliefert sind oder ausgeliefert sein könnten, das gebe ich zu. Es ist ja schön, in einer Schule zu sein. Also, dass die Achtsamkeit grösser wird, und dazu dient dieser Vorstoss. Und das hat nichts mit Gesinnungspolizei zu tun, Herr Mörgeli. Gesinnungspolizei ist ein Wort, das muss ich von mir weisen. Ich bin sehr beleidigt, dass Sie das so in den Raum stellen. (*Zwischenrufe*). Das ist wirklich nicht in Ordnung. Gesinnungspolizei ist ein Instrument, das in totalitären Regimen vorkommt, und wenn man das hier einem Kantonsrat vorwirft, ist das schon ein bisschen daneben.

*Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach)*: Es wurde vorhin gesagt, dass nach oder während des Frauenstreiks auch in der Schule über den Frauenstreik gesprochen wurde. Es wurde gesagt, dass nach oder während einer grossen Klima-Demo auch in der Schule über die Klimaproblematik gesprochen wurde und dass einige Schüler in dieser Zeit lieber Mathematik gehabt hätten. Das kann ja sein. Ich hoffe aber, dass es nicht so gemacht wurde. Stellen Sie sich vor, wir stimmen in der Schweiz über die Minarett-Initiative ab und in der Schule wird nicht darüber gesprochen. Stellen Sie sich vor, in der Schweiz wird über das Burka-Verbot abgestimmt und in der Schule macht man lieber Mathematik, anstatt dass man auf dieses Ereignis in der Schule Bezug nimmt und es diskutiert. Geschätzter Matthias Hauser, das können auch Sie nicht wollen. Sie wählen hier einfach nach Ihrem Gusto irgendwelche Themen aus, die nicht behandelt werden sollten, sondern stattdessen Mathematik gemacht werden sollte. Ich würde sagen, alle vier Themen sollten in der Schule besprochen werden.

Zweitens wird masslos übertrieben. Wenn Sie diese Untersuchung, die Sie zitieren, selber gelesen haben, werden Sie auch an den Punkt gekommen sein, wo gezeigt wird, wer in der Schule und auf dem Pausenplatz die Schülerinnen und Schüler am meisten beeinflusst. Das konnte man nachlesen: Es sind die Peers, also die anderen Schülerinnen und Schüler, die einen politisch am meisten beeinflussten, nicht die Lehrerinnen und Lehrer. Da besteht also in der gedanklichen Auseinandersetzung bereits eine sehr grosse Unabhängigkeit gegenüber den Lehrpersonen, wenn dem so ist,. Und wenn dem so ist, dann kann ich nur sagen, die Schule hat offenbar im Kanton Aargau ihre Aufgabe erfüllt. Die Schülerinnen und Schüler denken selbstständig, das heisst, sie hören den Lehrerinnen und Lehrern zwar zu, bilden sich aber eine Meinung unabhängig von den Lehrerinnen und Lehrern, denn es sind die Peers, die sie am meisten beeinflussen. Und die Lehrerinnen und Lehrer gehören ja nicht zu ihren Peers. Insofern muss ich sagen, sind Ihre Ängste unbegründet. Wir Grünen, wir lehnen diesen Vorstoss ab.

*Alexander Jäger (FDP, Zürich) spricht zum zweiten Mal*: Es ist schon interessant, wie uns Herr Mörgeli vorwirft, dass der Vorstoss politisch genutzt wird, wenn ich einen Brief Ihrer Regierungsratskandidatin Priska Seiler Graf (*Nationalrätin*) zugestellt bekomme. Sie schreibt einen Brief an ein Schulhaus, in dem sie die Lehrerinnen und Lehrer dort fragt, ob sie an einer Schulumfrage teilnehmen würden. Es ist doch normal, dass man vor Wahlen politische Aktionen startet und seine Ansicht da preisgeben will. Wenn wir der Ansicht sind, dass es sein könnte, dass

man mal schauen muss, ob die Schulen nun politisch sauber neutral unterrichten oder nicht, dann dürfen wir das durch eine solche Umfrage fordern. Jetzt ist vor den Wahlen, es könnte aber auch nach den Wahlen sein. Deshalb: Gestehen Sie uns das zu, dann gestehen wir auch Ihrer Regierungsratskandidatin und eventuell später Regierungsrätin zu, dass sie eine Schulumfrage macht und die Resultate nachher direkt in den Regierungsrat einbringt und sagt, ich habe eine Umfrage gemacht, ich möchte, dass diese Resultate durchgeführt werden. Akzeptieren Sie, dass man unterschiedliche Meinungen haben kann, und stimmen Sie doch zu, dass man eine offene, neutrale Umfrage macht und schaut, ob die Lehrer wirklich politisch beeinflusst sind.

*Hans-Peter Amrein (parteilos, Küssnacht) spricht zum zweiten Mal:* Herr Jäger ist mir jetzt zuvorgekommen. Ich wollte das gerade erwähnen von der Regierungskandidatin der SP, Rafael Mörgeli. Noch einmal: Ich persönlich bin gegen Denkverbote. Mir persönlich waren beide Voten, die von Mörgeli und Hauser, sogar etwas zu extrem. Ich bin wirklich der Meinung, wenn das hier drückt, mich hätte es gedrückt als Schüler vor 50 Jahren; bei mir waren die Lehrer sehr politisiert und nicht liberal und nicht rechts, sondern links oder linksextrem. Ja, ich hätte mich gefreut, wenn ich so eine Umfrage hätte machen können in der Matura-Arbeit. Ich habe es nicht zur Matura geschafft, ich habe nur ein Handelsdiplömchen gemacht, aber vielleicht hätte man das ja da auch machen können. Ich denke, wenn im Kanton Zürich jemand dazu kommt, das in einer Matura-Arbeit einzubringen, dann soll er das. Dann ist das gut. Und Matthias Hauser, es geht um Sotomo. Wie ich höre, haben die Schüler im Kanton Aargau Sotomo dabei genutzt. Das ist ein reputiertes Unternehmen. Dafür braucht es nicht diesen Rat, braucht es nicht das Geld und die Aufregung in diesem Rat, die wir hier nun veranstalten, kurz vor den Wahlen.

*Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen):* Ich möchte mich doch auch gegen die Vorwürfe von Herrn Mörgeli wehren. Es geht überhaupt nicht um irgendeine Gesinnungspolizei. Ich bin überzeugt, dass die Lehrer es gut machen. Wovor haben Sie denn Angst, wenn man eine Umfrage macht und diese auswertet und die Vermutungen bestätigt werden? Das stärkt doch dann unsere Schule, dann stärkt das unsere Bildungsinstitutionen. Genau davon können wir auch profitieren. Deshalb: Sagen Sie doch Ja zu diesem Postulat. Es stärkt hoffentlich auch ihre Argumente in Ihrem Sinne, die Sie eingebracht haben. Ich weiss nicht, wovor Sie Angst haben. Genau das stärkt doch am Ende die Lehrpersonen, die sich Mühe geben und das gut machen, wenn das so herauskommt, wie Sie jetzt da gesagt haben. Ich möchte Ihnen einfach sagen: Freiheit ist das Recht anderen zu sagen, was sie nicht hören wollen. Das hat George Orwell (*britischer Schriftsteller*) gesagt. Das möchte ich Ihnen auch unterstellen. Herzlichen Dank.

*Rochus Burtscher (SVP, Dietikon):* Es ist nicht bekannt, ob Michael Hermann wirklich SVP-nahe ist. Er hat die Studie gemacht oder dorthin gebracht.

SP unter Mörgeli und Grünen unter Forrer: Wovor habt ihr eigentlich Angst? Ihr seid Angsthasen. Ihr habt Angst, dass dabei ein Resultat rauskommt, das nicht eurer Gesinnung entspricht. Ihr könnt es ja schreiben, Ihr könnt es ja selber schreiben. Das macht Ihr ja sowieso gerne oder? Aber solches Verhalten finde ich wirklich daneben von der grünen, der linken Seite. Wenn das Resultat so rauskommt, dass sehr neutral ist, was da abläuft, dann könnt Ihr mit geschwellter Brust herumlaufen. Aber wenn es anders kommt – und genau davor habt Ihr Angst. Darum schiesst Ihr das zum Vornherein ab. Das kann man schon abwinken. Aber das zeigt die Ignoranz. Und das ist die höchste Ignoranz, die es gibt. Und das finde ich komplett daneben. Und ich bitte Sie wirklich, dieses Postulat zu unterstützen. Es gibt ja nichts zu verlieren. Oder habt ihr Angst? Dann verliert ihr.

*Monika Wicki (SP, Zürich):* Einmal mehr führen wir hier eine epische Debatte um ein Problem, dass es nicht gibt. Es geht um die politische Bildung in der Schule, und die politische Bildung in der Schule, die hat einen sehr schlechten Stand, wenn man das so sagen darf. Lehrpersonen trauen sich heute kaum mehr mit ihren Schülerinnen und Schülern politische Diskussionen zu führen, weil, wenn sie das tun, wird ihnen unterstellt, sie würden politische Meinungsbildung machen. Dabei müssen Lehrpersonen – und das wäre ihr Auftrag – eigentlich Positionen einnehmen, die eben genau in der Schülerschaft nicht vertreten sind, um die Diskussion auch zu fördern. Ich möchte Sie bitten, die Lehrpersonen ihre Arbeit machen zu lassen, die politische Bildung so machen zu lassen, dass wir am Ende politisch gebildete Menschen hier im Kanton Zürich haben. Ich danke Ihnen, wenn Sie dieses Postulat ablehnen.

*Judith Stofer (AL, Zürich):* Jetzt fühle ich mich doch auch noch herausgefordert, wenn wir als Angsthasen beschimpft werden. Wir haben keine Angst, aber wir haben ein historisches Gedächtnis. Wenn ich jetzt der ganzen Diskussion zuhöre, dann muss ich sagen, ich fühle mich in die 70er-Jahre im Kanton Aargau zurückversetzt, als ich die Mittelschule besucht habe. Es waren recht heisse Diskussionen über die Atomkraftwerke, ob man dafür oder dagegen ist. Wir hatten viele Lehrer, die sehr kritisch gegenüber den Atomkraftwerken eingestellt waren. Ich habe erlebt, dass diese dann wirklich entlassen wurden, weil die eine «schlechte Gesinnung» hatten. Da gab es keine Diskussion. Ich war Klassensprecherin, ich war an diesen Sitzungen dabei. Das war unglaublich, das war ein Tribunal über sehr gute Lehrpersonen. Die wurden dann einfach so entlassen, nur, weil ein paar Eltern von ihren Kindern oder ihren Jugendlichen aufgeschnappt hatten, dass die Lehrpersonen auch kritische Diskussionen in den Schulen lanciert haben. Wenn Sie solche Umfragen lancieren wollen, dann müssen Sie sich auch über die Ziele klar sein. Und die Ziele können tatsächlich sein, dass sie nachher Lehrpersonen entlassen wollen. Das ist unglaublich.

Noch etwas Anderes: Wir wissen, die Schweiz ist ja auf dem rechten Auge blind. Wir haben jetzt tatsächlich einige Male erlebt, wie die Jugendlichen, also rechtsradikale Jugendlichen, wie die die Debatten übernehmen (*Anspielung auf einen*



*kürzlichen Vorfall in der Stadt Zürich*). Ich finde es einfach doof; es ist alles so doof. Sie machen so Scheisse, wirklich. (*Heiterkeit*)

*Stefan Schmid (SVP, Niederglatt)*: Ich stelle fest, dass am Morgen über Körperteile gesprochen wurde und jetzt über deren Exkremete. Kommen wir doch wieder etwas zur Sache.

Ich habe auch überlegt, ob ich diesen Vorstoss unterstütze, und ich werde ihn unterstützen. Für mich ist es aber selbstverständlich, dass die Resultate oder die Datenerhebung so zu erfolgen hat, dass Rückschlüsse auf einzelne Personen nicht möglich sind. Das ist für mich eine Selbstverständlichkeit. Ich bin jetzt schon ein bisschen erstaunt, dass man da die Notwendigkeit auf linksgrüner Seite völlig negiert, völlig negiert, weil mindestens eine Person hier in diesem Kantonsrat selber sicherlich keine reine Weste hat. Mir hat ein Schüler einer Berufsschule sehr glaubhaft dargelegt, dass eine Berufsschullehrerin, welche hier drin ihr Mandat ausführt, in übelster Weise während des Klassenunterrichts politisiert, einzelne Parteien vor der Klasse verunglimpft. Aufgrund der Negierung, dass dieses Problem wirklich besteht, überlege ich mir, in welcher Form ich diese Person, welche mir das zugetragen hat, ermutigen kann, ihre Beobachtungen transparent und öffentlich zu machen. Es ging mir eigentlich nicht darum, Einzelpersonen an den Pranger zu stellen, aber, bitte schön, wenn da irgendwie jetzt von dieser Seite her das so vermittelt wird, dass wir keinen Handlungsbedarf haben, muss ich Ihnen sagen, wir haben einen im Kanton Zürich. Unterstützen Sie den Vorstoss. Besten Dank.

*Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach) spricht zum zweiten Mal*: «Vom Hörensagen», «jemand hat mir gesagt, man könnte», das sind keine qualifizierten Aussagen, Herr Stefan Schmid, die wir hier gerade gehört haben. Insofern unterstellen wir Ihnen nichts, wofür wir keine Belege haben.

Zurück zur Notwendigkeit dieser Untersuchung beziehungsweise warum wir von der linken und grünen Seite diese ablehnen. Die Lehrpersonen an unseren Schulen sind genug durchleuchtet; die Lehrpersonen brauchen nicht noch eine weitere Untersuchung, die sie unter Umständen auch noch weiter verunsichert. Wir müssen unsere Lehrpersonen im Kanton Zürich stärken. Diese Diskussion ist aus meiner Sicht absolut unnötig, denn es gibt keine Anzeichen dafür, dass der Unterricht an unseren Schulen politisch einseitig ist, diese Diskussion müssen wir irgendwann auch mal beenden. Doch genau das tun Sie mit ihrer Untersuchung nicht. Denn, geschätzte SVP, was wäre, wenn bei dieser Untersuchung herauskäme, dass der Unterricht absolut neutral und ausgeglichen ist? Dann kritisieren Sie die Untersuchungsparameter, und wenn die Untersuchung differenziert ist, dann werden Sie bestimmt irgendwo einen Haken finden, wo Sie ihre Argumente wieder festmachen und diese Diskussion weiter am Laufen halten können. Darum geht es Ihnen. Die Untersuchung, die wird keine Resultate bringen, die irgendjemand von uns befriedigen wird. Insofern lassen wir das einfach. Deshalb stimmen wir Nein.

*Thomas Marthaler (SP, Zürich):* Lieber Kollege Schmid, wenn du gehört hast, dass eine Lehrerin unausgeglichenen Unterricht erteilt, sprich sie doch bitte in einer Kaffeepause darauf an. Dann kannst du das mit ihr besprechen, dann hast du zur Verbesserung des Unterrichts etwas beigetragen. Pro memoria, unsere bürgerlichen Kollegen, es gibt sehr viele linke Lehrer, die nie an einer Kantonsschule unterrichten durften, weil, «Gilgen an den Galgen», hat es damals geheissen, weil sehr viele Leute Ende der 70er-Jahre, in den 80er-Jahren faktisch Berufsverbot hatten (*Anspielung auf die Personalpolitik im Bildungsbereich unter Altregierungsrat Alfred Gilgen*). Das war eine Tatsache. Ich kenne mindestens fünf Personen; das waren anständige Leute, vermutlich Historiker oder so etwas. An einer Kantonsschule konnten sie nicht unterrichten – behalten Sie das im Auge. Wir sollten nicht zurück in die Steinzeit. Wie wir schon gehört haben, es gibt Aufsichtsbehörden für die Schulen. Wenden Sie sich an diese Schulen, wenn Sie Hinweise haben, dass da etwas nicht in Ordnung ist. Vielen Dank.

*Hans Egli (EDU, Steinmaur):* Mein Kurzvotum trägt den Titel «Transparenz». Stehen wir doch ein für Transparenz. Und in diesem Sinne hat mich die linke Seite sehr enttäuscht, denn, wer nichts zu verstecken hat, der befürwortet Transparenz. Das Argument der Aufsichtskommission und der Schulpflege, das kann man natürlich ins Feld führen. Aber sind wir ehrlich, nur, weil zweimal pro Jahr eine Person für eine Stunde in einer Lektion sitzt, kann diese natürlich nicht beurteilen, ob der Schulunterricht politisch neutral ist. Also nochmals, ich bin überzeugt, wenn die linke Seite dieses Postulat nicht unterstützt, dann hat sie etwas zu verstecken. Jeder, der eine reine Weste hat, der überzeugt ist, dass unsere Schule politisch neutral ist, der soll Ja zu diesem Postulat sagen. Danke vielmals.

*Paul von Euw (SVP, Bauma):* Vorher hat jemand zu Stefan Schmid gesagt, es sei keine qualifizierte Aussage. Wir stellen hier niemand an den Pranger, aber ich kann bei Stefan Schmid's Aussage nachdoppeln. Ich habe Bilder von Berufsschulen, in denen politische Plakate hängen, und zwar ausschliesslich von der linken Seite. Es geht dabei um die Massentierhaltungs-Initiative und es geht dabei um die Gletscher-Initiative. Und: Ich habe den Dienstweg eingehalten; ich habe mit dem Präsidenten der Aufsichtskommission Kontakt aufgenommen und habe ihm gesagt, dass dies ziemlich hohe Wellen werfen könnte – was scheinbar passiert ist. Sie sollen doch so gut sein, also das Leitungsgremium dieser Berufsschule, dass solche Transporte von Gesinnung nicht mehr passieren. Also, wir machen das nicht, weil wir Hypothesen bauen, sondern wir machen das zum Schutz dieser Personen. Und wir machen zum Schutz dieser Personen auch eine Untersuchung. Denn wenn wir hier jetzt Namen nennen, dann werden diese an den Pranger gestellt. Das wollen wir. Wir wollen eine Verbesserung. Und es soll auch keine Kündigungen geben, wie da gesagt wurde. Wir wollen niemandem kündigen, wir wollen eine Qualitätsverbesserung. Wo ein allfällig latentes Problem sein könnte, ob links oder rechts, das hat glaube ich, hier bis jetzt niemand gesagt, wurde bislang nicht erwähnt. Es wurde aber von links aufgeschrien. Daher lässt es sich vermuten, dass vielleicht eher da das Problem liegt. Und dann kam noch eine absolute

Aussage von Frau Wicki. Frau Wicki hat gesagt, dieses Problem gebe es nicht. Da bin ich froh, dass sie das weiss, nur würde mich noch interessieren, wer dir das gesagt hat. Besten Dank.

*Christina Zurfluh (SVP, Wädenswil):* Entschuldigung, dass ich Sie noch bemühen muss. Aus einem aktuellen Anlass in der STGK (*Kommission für Staat und Gemeinden*): Wir dürfen aktuell das Thema «Transparenz» in der Politikfinanzierung behandeln. Da ist es doch erstaunlicherweise die linke Seite, die da auf völlige Transparenz drückt und dies bis auf die Person runter, also sprich, wenn es um die Quantität geht, dann darf man die Transparenz verlangen, wenn es um die Qualität geht, dann nicht. Das schliesse ich aus der heutigen Diskussion. Danke.

*Regierungsrätin Silvia Steiner:* Die im Kanton Aargau durchgeführte Studie, die sich auf eine Umfrage im Rahmen einer Matura-Arbeit stützt, kann nicht auf den Kanton Zürich ausgedehnt werden, da sich die Rahmenbedingungen im Kanton von jenen im Kanton Aargau ganz deutlich unterscheiden. Rückmeldungen aus den Mittelschulen und Berufsfachschulen im Kanton Zürich stützen die Befürchtungen bezüglich fehlender politischer Neutralität der zürcherischen Mittel- und Berufsfachschulen nicht. Sofern sich in Einzelfällen Jugendliche im Unterricht aufgrund der politischen Ausrichtung der Lehrperson beeinträchtigt fühlen, stehen ihnen die an den Schulen etablierten Prozesse zur Verfügung.

Die Unterrichtsinhalte werden im Kanton Zürich in den Lehrplänen und den angewendeten Lehrmitteln festgelegt. Eine parteipolitische Ausrichtung ist darin nicht erkennbar. Schülerinnen und Schüler – und ich glaube, das ist von Relevanz – sollen die Fähigkeit erwerben, sich über Sachverhalte durch differenzierte Analysen, Schlussfolgerungen und Bewertungen bewusst und eigenständig ein Urteil zu bilden. Gesellschaftlich kontrovers diskutierte Themen werden deshalb auch im Unterricht thematisiert. Hierzu wurde im August 2022 an den Berufsfachschulen das Angebot «Rede mit» lanciert. Dieses bezweckt, im Vorfeld von politischen Abstimmungen Podiumsdiskussionen an den Schulen durchzuführen, um den Jugendlichen so die politische Debatte näherzubringen. Die Diskussionskultur in einer Klasse wird aber nicht nur durch die Lehrpersonen, sondern auch durch das Elternhaus, die primäre soziale Bezugsgruppe der Jugendlichen, die politische Haltung der Jugendlichen selbst, das Klassenklima und politischen Bewegungen wie die Klimajugend geprägt. Angesichts dieser Sachlage erscheint es insgesamt nicht angezeigt, im Kanton Zürich zum jetzigen Zeitpunkt eine Studie zur politischen Neutralität von Lehrpersonen der Sekundarstufe II in Auftrag zu geben. Sobald die Ergebnisse der im Kanton Aargau durchgeführten Studie vorliegen, wird aber selbstverständlich geprüft werden, inwiefern diese auch für den Kanton Zürich relevant sind und ob ein Bedarf nach einer Studie zur Frage der politischen Neutralität von Lehrpersonen der Sekundarstufe II besteht. Aus diesen Gründen beantragt der Regierungsrat dem Kantonsrat, das dringliche Postulat abzulehnen.

*Abstimmung*

**Der Kantonsrat beschliesst mit 89 : 78 Stimmen (bei 1 Enthaltung), das dringliche Postulat KR-Nr. 240/2022 nicht zu überweisen.**

Das Geschäft ist erledigt.